

Freie Wähler

Die Partei will in den Landtag, Landesverband ist skeptisch

Die Partei „Freie Wähler“ will in Baden-Württemberg in den Landtag einziehen. Ihren Anspruch hat Bayerns Vize-Ministerpräsident Hubert Aiwanger in Baden-Baden bekräftigt. Der Freie-Wähler-Landesverband, der mit der Partei nicht identisch ist, sieht das skeptisch.

Von Rainer Lang

STUTTGART. Hubert Aiwanger verbreitet Zuversicht. In Baden-Württemberg. In Bayern ist es ihm gelungen, die Freien Wähler bei der Landtagswahl im Jahr 2018 mit 11,6 Prozent an der Seite der CSU in die Regierung zu führen.

Im Nachbarland sieht er ein großes Potenzial. Schließlich sind die Freien Wähler hier mit mehr als 30 Prozent die stärkste Kraft in den kommunalen Parlamenten. Allerdings gehören sie mehrheitlich dem Freie-Wähler-Landesverband an, der mit der in Bayern gegründeten Partei gleichen Namens, die bei der Landtagswahl im März kandidiert, nicht identisch ist.

Der Landessprecher der Partei „Freie Wähler“ Bernd Barutta räumt denn auch ein, dass es „eine große Herausforderung ist, dass wir alle 70 Wahlkreise besetzen“. Er erläutert, dass „wir immer noch auf der Suche nach geeigneten Kandidaten sind“.

Landesparteichef Wirthwein hat Ziel von sieben Prozent ausgegeben

Als Beispiele dafür, dass es gelingen kann, Persönlichkeiten zu motivieren, nennt er die Nominierungen der Modedesignerin Christiane Fuchs in Mannheim und des Polizisten im Ruhestand und Stadtrats Tommy Schindler in Baden-Baden.

Für die Landtagswahl 2021 hat Landesparteichef Klaus Wirthwein das Ziel von sieben Prozent ausgegeben. Bei der Europawahl 2019 hatte die Partei 3,2 Prozent der Stimmen erhalten.



Die Partei „Freie Wähler“ will sich in Baden-Württemberg als neue Kraft in der Landespolitik positionieren. FOTO: DPA

Bundesweit in zwei Landtagen vertreten

Die Partei Freie Wähler ist aus dem Bundesverband hervorgegangen. Sie zählt zu den Kleinparteien und nennt sich zur Unterscheidung von gleichnamigen Gruppierungen Bundesvereinigung Freie Wähler. Bundesvorsitzender ist der bayrische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Die Freien Wähler sind gegenwärtig im Landtag von Bayern vertreten und an der Staatsregierung beteiligt. Durch den Beitritt eines Landtagsabgeordneten ist sie außerdem im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten.

www.freiewaehler.eu

Barutta weiß, dass der Aufbau einer Parteistruktur nicht übers Knie zu brechen ist, sondern ein paar Jahre dauert. Und im Unterschied zu Bayern fehlt den Freien Wählern im Nachbarland eine charismatische Führungsfigur und damit ein Stück weit auch ein klares Profil. Erschwerend kommt hinzu, dass der gleichnamige Landesverband Freie

Wähler weiterhin nur auf kommunaler Ebene arbeiten will. Der Vorsitzende des Verbands, Wolfgang Faißt (parteilos), Bürgermeister in Renningen, sieht die kommunalpolitische Ausrichtung weiterhin als „Markenkern“ und betont, dass nur wenige seiner Mitglieder bei der Landtagswahl für die gleichnamige Partei antreten.

Nach Ansicht von Barutta haben diese Wenigen erkannt, dass man ohne übergeordnete Vertreter politisch nicht mehr weit kommt, sagt er. Als Stärke kehrt die Partei ihre Verwurzelung in den Kommunen und ihre Bürgernähe heraus, was allerdings eher für Bayern als für Baden-Württemberg gilt. Daraus bezieht sie ihr Selbstvertrauen. Aiwanger spricht davon, mehr gesunden Menschenverstand in den Landtag bringen zu wollen.

Klar grenzen sich die Freien Wähler nach rechts ab. Deshalb lehnt die Partei auch die Aufnahme von ehemaligen AfD-Mitgliedern in ihre Reihen ab. Damit habe die Partei anderswo schlechte Erfahrungen gemacht, erläutert Barutta mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern. Dort sind Ex-AfD-Landtagsabge-

ordnete von der Partei der Freien Wähler aufgenommen worden, sind dann aber zum Teil wieder eigene Wege gegangen. So etwas soll sich in Baden-Württemberg nicht wiederholen. „Wir setzen auf eine klare Linie“, betont Barutta. Spekulationen über einen möglichen Beitritt der aus der AfD ausgetretenen parteilosen Landtagsabgeordneten Stefan Herre und Harald Pfeiffer erklärt er für haltlos. „Das haben wir abgelehnt“, stellt er klar.

„Wir kämpfen dafür, dass es im Land eine bürgerliche Mehrheit ohne die Grünen gibt“, sagt Bernd Barutta. Kritisch sieht er, dass es nach seiner Einschätzung bei CDU und FDP vor allem darum gehe, wer Koalitionspartner der Grünen werden dürfe. Für eine Mehrheit unter grüner Führung würden die Freien Wähler nicht zur Verfügung stehen.

In Baden-Württemberg setzt man auf Schützenhilfe aus Bayern

Die Freien Wähler können nach Ansicht des Mitglieds des Landesvorstands auch thematisch punkten. „Wir setzen uns massiv für das G9 ein“, so Barutta. Neben dem neunjährigen Gymnasium setzt sich die Partei für Bürokratieabbau und Ausbau des ÖPNV ein sowie für eine Energiewende mit dezentraler Energieversorgung. Die Alternativen sollten mit den Menschen gestaltet werden, sagt Barutta. Außerdem sollen Fördergelder künftig stärker kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.

Klar ist für Barutta jedoch auch, dass weiterhin die Schützenhilfe aus Bayern nötig ist. Der Besuch in Baden-Baden wird nicht Aiwangers letzter Auftritt in Baden-Württemberg gewesen sein. „Ihm macht es Spaß, hierher zu kommen“, meint Barutta. Auch bei dem Ende Oktober oder Anfang November geplanten Programmparteitag in Stuttgart dürfte dem bayerischen Wirtschaftsminister eine zentrale Rolle zukommen, wie auch im im Landtagswahlkampf 2021.